

Fluchtchronik 2025/26

Dominic Sauerbrey

März 2025

Angesichts einer seit Januar anhaltenden Offensive der M23-Milizen in den östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo fliehen mehr als 63.000 Menschen in das benachbarte Burundi. Davon harren 45.000 in einem Stadion in Rugombo aus, das nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt liegt. Die Bedingungen vor Ort sind kritisch, so existieren lediglich 10–15 Toilettenkabinen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) bemüht sich deshalb darum, die Schutzsuchenden in das Flüchtlingscamp Musenyi im südlichen Burundi zu transportieren. Das UNHCR berichtet ferner, dass in der Region innerhalb von zwei Wochen 895 Vergewaltigungen registriert wurden, im Durchschnitt mehr als 60 Fälle pro Tag.

Das pakistanische Innenministerium fordert alle afghanischen Staatsangehörigen in Pakistan, die sich dort entweder ohne Pass aufhalten oder im Besitz der »Afghan Citizen Card« sind, dazu auf, das Land vor Ablauf des Monats zu verlassen. Die »Afghan Citizen Card« wurde im Jahr 2017 von der pakistanischen Regierung eingeführt, um insgesamt rund 800.700 undokumentierte Afghan:innen zu registrieren, die bis zu diesem Zeitpunkt noch vor einer Abschiebung geschützt waren. Die Abschiebungsoffensive, in deren Verlauf laut der Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung bereits mehr als 800.000 Menschen nach Afghanistan zurückgekehrt sind, dauert seit 2023 an. Von dem neuen Ultimatum sind nun mindestens weitere 800.000 Afghan:innen betroffen. Aus der Ankündigung des Innenministeriums geht nicht hervor, ob auch die 1,3 Millionen Afghan:innen, die durch die »Proof of Registration« des UNHCR in Pakistan als Flüchtlinge registriert sind, von der Abschiebungsoffensive betroffen sind.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, nutzt einen Besuch im weltweit größten Flüchtlingslager Kutupalong nahe der Stadt Cox's Bazar im südlichen Bangladesch, um auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die durch die Kürzungen der Budgets von internationalen Organisationen für Menschen in Not drohen. In dem Lager im südlichen Bangladesch, das Guterres zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan besucht, leben Rohingya,

die aufgrund ihres muslimischen Glaubens in Myanmar verfolgt werden. Unter anderem kündigt das UN-Welternährungsprogramm (WFP) an, dass es angesichts von Finanzierungslücken die Rationen der geflüchteten Rohingya von monatlich 12,50 US-Dollar auf sechs US-Dollar kürzen werde.

April 2025

Die tunesische Nationalgarde unternimmt eine Offensive, um die geschätzten 20.000-30.000 undokumentierten Menschen nahe der Hafenstadt Sfax zu vertreiben, die dort auf eine Überfahrt nach Lampedusa oder Sizilien hoffen. Zuvor forderten amtliche Stellen diese dazu auf, sich bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu melden, um eine Rückkehr in die Herkunftsländer vorzubereiten. Während ein Sprecher der Nationalgarde gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP berichtet, dass die Operation human abgelaufen sei, sprechen Vertriebene davon, von den Sicherheitskräften nicht wie Menschen behandelt worden zu sein. Ihre Zelte seien in Brand gesteckt worden.

Die Europäische Kommission fügt sieben Staaten der Liste sogenannter sicherer Herkunftsländer hinzu, die es den Behörden der EU-Mitgliedsstaaten ermöglicht, die Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten beschleunigt zu bearbeiten und sie unter vereinfachten Bedingungen abzuschieben. Begründet wird die Maßnahme vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Asylanträge von Menschen aus Bangladesch, Indien, Kolumbien, Ägypten, Marokko, Tunesien und dem Kosovo größtenteils unbegründet seien. Die EU-Liste sicherer Herkunftsländer ist für die einzelnen Mitgliedsstaaten bindend. Diese aber können darüber hinaus auf nationaler Ebene noch weitere Herkunftsländer als »sicher« einstufen. Die Änderung der Liste bedarf noch der Zustimmung des Europaparlaments sowie der Regierungen der Mitgliedstaaten.

Die IOM zeigt sich besorgt angesichts zunehmender Abschiebungen aus der Dominikanischen Republik nach Haiti, von denen auch besonders vulnerable Menschen wie schwangere Frauen und Neugeborene betroffen sind. So registrierte das IOM-Personal am Grenzübergang Belladère innerhalb eines Tages 416 Abschiebungen. Zuvor besuchte die Generaldirektorin der IOM, Amy Pope, Haiti, um auf die kritische humanitäre Situation der über 1 Million Binnenvertriebene und der 200.000 Haitianer:innen aufmerksam zu machen, die im vergangenen Jahr nach Haiti abgeschoben wurden.

Mai 2025

Im weiterhin andauernden Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen der »Sudanese Armed Forces« (SAF) und den Rebellen der »Rapid Support Forces« (RSF) werden erneut Hunderttausende Menschen vertrieben. Nachdem die RSF Gebiete der Region Nord Darfur im Westen des Landes erobert hatte, mussten laut Angaben des IOM ungefähr 406.300 Bewohner:innen der Flüchtlingslager Abou Shouk und Zamzam in die weiter westlich gelegene Stadt Tawila fliehen, die von der neutralen Miliz der »Sudan Liberation Army« kontrolliert wird. Die beiden Lager wurden im Zuge der militärischen Offensive der RSF gezielt angegriffen, wobei laut der UN-Mitarbeiterin Clementine Nkweta-Salami mindestens 100 Zivilist:innen getötet wurden. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) berichtet, dass immer noch ca. 180.000 Menschen im Lager Zamzam eingeschlossen sind.

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump lässt 59 Südafrikaner:innen einfliegen, die in den USA Asyl erhalten haben. Als Grund nennt die US-Regierung, dass diese als Angehörige der weißen, Afrikaans sprechenden Minderheit, die von niederländischen Siedler:innen abstammen, rassistischer Diskriminierung ausgesetzt seien. Die südafrikanische Regierung widerspricht, dass die Situation der weißen Bevölkerung in Südafrika einen Flüchtlingsstatus begründen würde. Human Rights Watch (HRW) spricht von einer rassistischen Neuausrichtung der US-amerikanischen Asylpolitik, habe doch Trump kurz nach seinem Amtsantritt im Januar alle weiteren Resettlement-Programme zur Umsiedlung von Schutzsuchenden aus Ländern wie Afghanistan oder dem Sudan gestoppt.

Erstmals seit Beginn der Militäroffensive im Oktober 2023 lockern israelische Behörden die strikten Grenzkontrollen für Palästinenser:innen, die das Kriegsgebiet in Gaza über die Grenze nach Ägypten verlassen wollen. Ungefähr 1.000 Palästinenser:innen nutzten diese Möglichkeit, um sowohl den Gefahren der seit 19 Monate andauernden Offensive als auch der angespannten humanitären Lage zu entfliehen, die durch die seit zwei Monaten andauernde israelische Blockade von Hilfsgütern verstärkt wurde. Gleichzeitig mehren sich die Befürchtungen vor einer »ethnischen Säuberung« des Gaza-Streifens angesichts des Plans der Trump-Regierung, den Gaza-Streifen zu annektieren und daraus eine »Riviera des Nahen Ostens« zu machen – ein Vorschlag, der sowohl vom israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu als auch vom israelischen Innenminister Moshe Arbel begrüßt wurde.

Juni 2025

Die kanadische Regierung unter dem im März neu gewählten Premierminister Mark Carney plant mit dem »Strong Borders Act« das kanadische Einwanderungs-

system zu reformieren und dabei das Asylrecht einzuschränken. Damit reagiert sie auf Forderungen der US-Regierung, die Grenzkontrollen zu verstärken wie auch die Asyl- und Einwanderungszahlen zu reduzieren. So sieht der aktuelle Gesetzentwurf unter anderem vor, den Rückstand bei der Bearbeitung von 280.000 anhängigen Asylverfahren dadurch zu bewältigen, dass Asylsuchende, die sich länger als ein Jahr in Kanada aufhalten, ohne einen Asylantrag zu stellen, fortan die Möglichkeit verlieren, Asyl zu beantragen. Asylsuchende, die über die USA als »sicherem Drittstaat« einreisen, sollen zudem dazu verpflichtet werden, innerhalb von 14 Tagen Asyl zu beantragen.

Der deutsche Bundestag beschließt die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten. Betroffen sind von dieser Entscheidung ca. 380.000 Geflüchtete, die derzeit mit einem subsidiären Schutzstatus in Deutschland leben, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) davon ausgeht, dass ihnen bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland unter anderem aufgrund eines bewaffneten Konflikts ein ernsthafter Schaden drohen würde. Subsidiär Schutzberechtigte hatten bisher die Möglichkeit, Familienmitglieder aus dem Ausland nachzuholen, wobei die Einreise auf ein Kontingent von 1.000 Menschen pro Monat begrenzt wurde. Bereits zwischen März 2016 und Juli 2018 hatte die damalige, ebenfalls schwarzrote Regierung den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ausgesetzt.

Im Zuge mehrerer Razzien iranischer Behörden gegen undokumentierte Afghan:innen im Iran wurden laut Angaben des IOM seit Beginn des Jahres bereits mehr als 700.000 Menschen nach Afghanistan abgeschoben. 265.000 dieser Abschiebungen wurden alleine im Juni durchgeführt. Diesen erneuten Zuwachs sieht das Flüchtlingshilfswerk UNHCR vor allem im Zusammenhang mit israelischen Luftattacken, die unter anderem mehrere Millionen Bewohner:innen der iranischen Hauptstadt Teheran dazu veranlasst hatten, die Stadt zu verlassen. Angesichts der Budgetkürzungen sah sich das UNHCR ferner dazu gezwungen, die finanzielle Unterstützung der zurückkehrenden Afghan:innen von ursprünglich 2.000 US-Dollar pro Familie auf nur noch 156 US-Dollar drastisch zu kürzen.

Juli 2025

Ein Berliner Gericht urteilt, dass die im April verordnete Aussetzung des Aufnahmeprogramms für afghanische Ortskräfte rechtswidrig ist. Das Aufnahmeprogramm bezieht sich auf Afghani:innen, die vor der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 in Afghanistan für Bundeseinrichtungen gearbeitet haben und damit bei Rückkehr einer besonderen Bedrohung ausgesetzt wären. Laut Angaben des Bundesinnenministeriums warteten Ende Juni noch 2.351 Afghan:innen mit einer Aufnahmezusage in Pakistan, wobei sie dort angesichts der erneuten pakistanischen Abschiebungsoffensive äußerst gefährdet sind. Im Falle der

klagenden Afghanin wie auch 13 weiterer Familienangehöriger ist die Bundesregierung nun dazu verpflichtet, humanitäre Visa zu erteilen. Die Vereine »Pro Asyl« und »Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte« veröffentlichen derweil ein gemeinsames Rechtsgutachten und erwägen, gegen Bundesaußenminister Johann Wadepuhl und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, die für die Aussetzung verantwortlich gemacht werden, Klage zu erheben.

Als Reaktion auf die angestiegene Zahl von Asylsuchenden, die seit Jahresbeginn auf der Insel Kreta anlandeten, verabschiedet das griechische Parlament ein neues Gesetz. Dieses sieht eine dreimonatige Aussetzung aller Asylanträge von Menschen vor, die aus nordafrikanischen Staaten wie Ägypten und Libyen nach Griechenland gelangen. Zuvor musste eine Delegation, bestehend aus dem EU-Kommissar für Migration, Magnus Brunner, dem griechischen Migrations- und Asylminister sowie den Innenministern Italiens und Maltas, ihre Reise nach Libyen vorzeitig abbrechen. Dort wollten sie sowohl mit der Regierung unter Premier Abdul Hamid Dbai-ba in Tripoli als auch mit der Regierung unter Premier Osama Hammad in Bengasi über Grenzsicherung und Migrationskontrolle diskutieren. Seit dem Sturz des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 steht das Land unter Kontrolle rivalisierender Milizen, die sich nicht auf eine Einheitsregierung einigen können. Das Treffen der Delegation mit der von der UN anerkannten Regierung in Tripoli wertete die Regierung in Bengasi als Affront. Sie verwehrte der Delegation anschließend den Zutritt zu dem Gebiet im Osten und Süden des Landes, das weitestgehend unter ihrer militärischen Kontrolle steht.

Zwei Einrichtungen der NGO »Quorum Social 77«, die insgesamt 2.000 der rund 5.400 unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden auf den Kanarischen Inseln beherbergen, müssen nach zahlreichen Missbrauchsvorwürfen schließen. Zudem wurde sowohl die Vorsitzende der NGO als auch der Direktor mehrerer Einrichtungen von der kanarischen Polizei verhaftet. Laut spanischen Medienberichten gebe es Atteste von Gesundheitsbehörden, die Verletzungen durch Schläge belegen. Zudem seien die Jugendlichen zur Strafe eingeschlossen worden und systematisch Beleidigungen ausgesetzt gewesen. Immer wieder fordert die kanarische Regionalregierung den Transfer der Minderjährigen auf das spanische Festland, was jedoch von jenen Regionalregierungen abgelehnt wird, die von der konservativen Partido Popular oftmals zusammen mit der rechtsextremen Vox geführt werden.

August 2025

Laut Angaben der IOM ist vor der Küste Jemens nahe der Stadt Shuqrah ein Boot mit 200 Migrant:innen gekentert, wobei 56 Menschen umgekommen sind und weitere 132 vermisst werden. Seit Beginn des Jahres hat die Organisation bereits mehr als 350 Tote auf dieser Route über das Rote Meer registriert, die vor allem von Äthiopi-

er:innen genutzt wird, um angesichts wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und bewaffneter Konflikte im Herkunftsland in den prosperierenden Golfstaaten Arbeit zu finden und sich ein neues Leben aufzubauen. Nach IOM-Zahlen verließen im Jahr 2024 beinahe 235.000 Äthiopier:innen das Land auf diesem Weg.

Die thailändische Regierung erteilt rund 81.000 Geflüchteten, die in den neun Flüchtlingslagern entlang der Grenze zu Myanmar leben und bisher auf soziale Unterstützungsleistungen angewiesen waren, erstmals eine Arbeitserlaubnis. Von diesem Schritt profitieren vor allem Angehörige der Karenni, die dort zum Teil bereits seit 1984 leben. Die Nachrichtenagentur Reuters mutmaßt, dass die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha stehen könnte, infolgedessen viele kambodschanische Arbeitskräfte in Thailand das Land verlassen haben. Das UNHCR sieht den Vorstoß als Vorbild für andere Aufnahmeländer, die ebenfalls vom Rückgang internationaler Unterstützungsleistungen betroffen sind. So könne das ökonomische Potenzial Geflüchteter besser genutzt werden, um den Ausfall der Gelder zu kompensieren.

The New Humanitarian berichtet über die Inhaftierung von sechs politisch aktiven Geflüchteten aus dem Sudan durch die nigrische Polizei, wobei Verantwortliche der nationalen Asylbehörde laut Augenzeugenberichten ebenfalls anwesend gewesen sein sollen. Die Inhaftierten sind laut dem Bericht Teil eines Komitees, das sich für die Rechte der Bewohner:innen des Flüchtlingslagers am Rande der Stadt Agadez im Norden des Niger eingesetzt hat. Seit knapp einem Jahr hätten sie täglich mit anderen Geflüchteten gegen die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die unzureichende Gesundheitsversorgung innerhalb des Lagers sowie gegen die Kürzung der Lebensmittel- und Wasserrationen protestiert.

September 2025

Die australische Regierung hat mit der Regierung Naurus ein Abkommen ausgehandelt, dass Nauru für umgerechnet 1,62 Milliarden US-Dollar dazu verpflichtet, in den nächsten dreißig Jahren weitere Asylsuchende aufzunehmen. Im Jahr 2024 entfielen bereits zwei Drittel der nationalen Einnahmen auf den Betrieb des von Australien finanzierten Offshore-Zentrums, in dem die Asylverfahren von Menschen bearbeitet werden, die in Australien Asyl suchten. Das Offshore-Zentrum, das bereits seit 2001 existiert, ist immer wieder Gegenstand von Debatten über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens sowie die Situation der inhaftierten Geflüchteten, die dort zum Teil für mehrere Jahre festgehalten werden. Die neue Gruppe, die nach Nauru transferiert werden soll, besteht aus Geflüchteten, die aufgrund von Straftaten oder aufgrund »charakterlicher Gründe« kein Visum mehr erhalten, jedoch nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können.

Das UNHCR sieht sich aufgrund des Beschäftigungsverbotes für Mitarbeiter:innen in Afghanistan, der von der Taliban immer strikter umgesetzt wird, gezwungen, acht Zentren zu schließen, in denen bisher aus anderen Ländern abgeschobene Afghan:innen betreut wurden. Dies sei laut dem UNHCR-Verantwortlichen für Afghanistan, Arafat Jamal, keine politische Entscheidung, sondern eine Maßnahme auf operativer Ebene, da die Zentren ohne die Unterstützung der Mitarbeiter:innen zum Beispiel bei persönlichen Interviews oder der Aufnahme biometrischer Daten von Frauen nicht funktionsfähig seien. Angesichts dessen, dass diese Zentren täglich 7.000 Menschen mit Geld und anderen Gütern versorgten, drohe sich nun die bereits angespannte humanitäre Situation für die abgeschobenen Afghan:innen noch weiter zu verschlechtern.

Am Rande der UN-Generalversammlung wirbt die Trump-Regierung um Unterstützung für eine Neuordnung des mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelnden globalen Systems, das ein Recht auf Asyl für politische Verfolgte und weitere Schutzsuchende vorsieht. Zusammen mit Delegierten aus dem Kosovo, Bangladesch, Liberia und Panama leitete der stellvertretende US-Außenminister Christopher Landau eine entsprechende Diskussionsrunde. Asyl solle generell als temporärer Status angesehen werden, der nach individueller Einschätzung des Aufnahmelandes aufgekündigt werden könne. Außerdem gebe es kein Recht darauf, sich ein Aufnahmeland auszusuchen. Asylsuchende sollten dazu verpflichtet sein, im ersten Staat, in den sie einreisen, Asyl zu beantragen.

Oktober 2025

Die britische Regierung unter Premier Keir Starmer plant eine Verschärfung der Regeln zur Gewährung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis: Geflüchtete sollen zukünftig mindestens seit zehn Jahre im Vereinigten Königreich leben, keine Sozialhilfe beziehen, Englisch sprechen, sich in der Gesellschaft engagieren und keine Einträge im Strafregister aufweisen, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Bisher war eine Beantragung nach fünf Jahren möglich. Zudem soll ein Programm zum Familiennachzug für Geflüchtete, das im September vorübergehend ausgesetzt wurde, komplett abgeschafft werden. Die britische Regierung sieht sich unter Druck angesichts der steigenden Zahl an Menschen, die über den Ärmelkanal nach Großbritannien gelangen sowie öffentlichkeitswirksamen Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Hotels.

Zum zweiten Mal gibt der Supreme Court in den USA der US-Regierung unter Trump die Möglichkeit, den »temporary protected status« (TPS) für beinahe 350.000 Venezolaner:innen in den USA zu entziehen. Er schützte sie bisher in den USA vor Abschiebung und ermöglichte es ihnen, zu arbeiten. Durch die Entscheidung des konservativ dominierten Verfassungsgerichts endet ein monatelanger Rechtsstreit.

So kündigte Heimatschutzministerin Kristi Noem bereits im März an, einen Beschluss von Trumps Vorgänger Joe Biden rückgängig machen zu wollen: Zwei Wochen vor der Amtsübergabe hatte dieser den Schutzstatus für Venezolaner:innen in den USA, der erstmals im März 2021 gewährt worden war, noch einmal um weitere 18 Monate bis Oktober 2026 verlängert. Bezirks- und Berufungsgerichte, die unter anderem von der »National TPS Alliance« eingeschaltet wurden, hatten die Kehrtwende der neuen US-Regierung zuvor immer wieder als rechtswidrig eingestuft.

Das UNHCR berichtet davon, dass nach Zahlen der IOM zwischen November 2024 und September 2025 mehr als eine Million Vertriebene wieder in die sudanesishe Hauptstadt Khartum zurückgekehrt sind. Im ganzen Land wurde die Rückkehr von insgesamt 2,6 Millionen Menschen dokumentiert, worunter sich auch 523.844 Menschen befinden, die zuvor in die umliegenden Staaten wie Ägypten, Südsudan und Libyen geflohen waren. Gleichzeitig steigt die Zahl der Vertriebenen in der Region Nord-Darfur weiter an. Nachdem die RSF nun endgültig die Kontrolle über die Hauptstadt der Region El Fasher erlangt hat, fliehen weitere 36.000 Menschen in die weiter westlich gelegene Stadt Tawila.

November 2025

Vor der malaysischen Küste nahe der Insel Langkawi ist mindestens ein Boot mit 70 Menschen an Bord verunglückt, wobei laut Angaben der malaysischen Marine mindestens 21 Menschen umgekommen sind. Ein weiteres größeres Boot mit ungefähr 230 Menschen wird weiterhin vermisst. Zuvor hatte laut Khairul Azhar Nuruddin, Polizeichef der Insel Langkawi, ein Boot mit 300 Menschen, darunter viele Angehörige der in Myanmar verfolgten Rohingya, die Stadt Buthidaung im Rakhine-Staat im Westen Myanmars verlassen. Danach sollen die Passagier:innen auf zwei Boote aufgeteilt worden sein, wobei das kleinere Boot kurz danach sank. Daraufhin startete ein Rettungseinsatz der malaysischen und der thailändischen Küstenwache, denen immer wieder sogenannte Pushbacks vorgeworfen, da sie Booten in Seenot Unterstützung verwehren und sie wieder zurückzudrängen. Laut Daten des UNHCR begaben sich zwischen Januar und November bereits 5.100 Rohingya auf die gefährliche Fahrt von Myanmar und Bangladesch über die Andamanische Meer nach Malaysia und Indonesien, wobei beinahe 600 Menschen starben oder als vermisst gelten.

In den Niederlanden hat der Prozess gegen einen eritreischen Staatsangehörigen begonnen, dem Menschenhandel vorgeworfen wird. Der Angeklagte soll zwischen 2014 und 2019 in Libyen entlang der zentralen Mittelmeerroute ein Netzwerk aufgebaut haben, in dem Migrant:innen, die sich eine Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa erhofften, systematisch missbraucht wurden. Sie sollen von der Gruppe in Lagerhäusern festgehalten und gefoltert worden sein, um so Lösegeld von

ihren Familienangehörigen zu erpressen. Der Prozess konnte deshalb in den Niederlanden stattfinden, da sich potenzielle Opfer in den Niederlanden befinden. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Gefängnisstrafe von zwanzig Jahren für den Angeklagten, der im Jahr 2022 an die Niederlande ausgeliefert worden war.

Dezember 2025

Der frühere irakische Präsident Barham Salih, der das Land von 2018 bis 2022 regierte, wird ab 2026 das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) bekleiden und folgt damit dem amtierenden Kommissar Filippo Grandi aus Italien. Zuvor wurde diese Position vor allem von Personen aus den wichtigsten europäischen UNHCR-Geberländern übernommen. In seiner Bewerbung versprach er, sich dafür einzusetzen, dass Geflüchtete Zugang zu Bildung und Arbeit erhalten, um dadurch Spiralen der Abhängigkeit zu durchbrechen.

Durch den wieder entbrannten Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha befinden sich mehr als 900.000 Menschen auf der Flucht. So mussten laut Angaben des thailändischen Verteidigungsministeriums alleine 400.000 Menschen in Thailand ihre Häuser verlassen, wobei in Kambodscha laut einem Sprecher des kambodschanischen Innenministeriums mehr als eine halbe Million Menschen auf der Flucht sind. Nach Angaben der Behörden sind infolge der Kämpfe in Thailand 22 Menschen und in Kambodscha 19 Menschen ums Leben gekommen, darunter auch Zivilist:innen. Aufgrund einer unklaren Grenzziehung aus der Kolonialzeit schwelt bereits seit Jahrzehnten ein Streit im sogenannten Smaragd-Dreieck, wo die thailändische Provinz Surin und die kambodschanische Provinz Oddar Meanchey sowie Laos angrenzen.

Januar 2026

Die schwedische Migrationsbehörde verzeichnet mit insgesamt 79.684 Asylanträgen im Jahr 2025 einen historischen Tiefstand. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Zahlen um 30 Prozent. Zuletzt hatten im Jahr 1985 so wenige Menschen einen Asylantrag gestellt. Gleichzeitig steigt die Anzahl von Geflüchteten, die über freiwillige Rückkehrprogramme das Land verlassen oder von den Behörden abgeschoben werden. Die rechtskonservative Minderheitsregierung, die von den migrationsfeindlichen Schwedendemokraten gestützt wird, beabsichtigt angesichts der im September anstehenden Wahlen, den Zugang zum Asyl noch weiter zu begrenzen.

Nach übereinstimmenden Berichten sowohl israelischer als auch palästinensischer Medien haben israelische Sicherheitskräfte damit begonnen, das Hauptquartier des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Os-

ten (UNRWA) zu zerstören. Für diesen Schritt requirierten sie das ca. 4,6 Hektar große Gelände der Organisation in Ost-Jerusalem. Bereits zuvor hatte das israelische Parlament ein Arbeitsverbot für die UNRWA auf israelischem Staatsgebiet verhängt, nachdem es mehreren Mitarbeiter:innen der UNRWA vorgeworfen hatte, an Terroraktivitäten der Hamas beteiligt gewesen zu sein. Während der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu immer wieder forderte, die Organisation ganz abzuschaffen, da sie die palästinensische Flüchtlingsfrage verewige, verurteilte UNRWA-Chef Philippe Lazzarini die Aktion als offene und bewusste Missachtung des Völkerrechts.

Mit Hilfe eines neuen Dekrets will die spanische Regierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez den Aufenthalt von mehreren Hunderttausend Migrant:innen legalisieren, die bisher ohne offizielle Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung im Land leben. Von dieser Maßnahme sollen all jene profitieren, die sich seit mindestens Juli 2025 ohne Unterbrechung in Spanien aufhalten und keine Vorstrafen haben. Hinzu treten Migrant:innen, die bis Ende 2025 einen Asylantrag stellten. Die verlängerbare Aufenthaltserlaubnis werde für jeweils ein Jahr gültig sein und soll es den Inhaber:innen ermöglichen, in jeder Branche und überall im Land eine Arbeit aufnehmen zu können, so die Ministerin für soziale Sicherheit, Migration und Integration, Elma Saiz Delgado. Während die Regierung davon ausgeht, dass etwa 500.000 Menschen vor allem aus lateinamerikanischen Ländern einen Antrag stellen könnten, schätzt der Think Tank Funcas die Anzahl von Menschen ohne offizielle Aufenthaltspapiere auf 840.000.

Februar 2026

Nach schweren Stürmen im südlichen Mittelmeerraum, die durch den Zyklon »Harry« ausgelöst wurden, geht die italienische NGO »Mediterranea Saving Humans« von über Tausend Vermissten aus. Während in Marokko 100.000 Menschen aufgrund von Überschwemmungen ihre Häuser verlassen mussten und eine Flut in Tunesien fünf Menschen in den Tod riss, machten sich in Tunesien trotz meterhoher Wellen mehrere Boote mit Migrant:innen an Bord in Richtung Lampedusa und Malta auf. Die letzte offizielle Aussage der italienischen Seenotleitstelle in Rom sprach von mindestens 380 Vermissten auf insgesamt acht Booten, von denen Notrufe abgesetzt worden waren. Die nun deutlich höhere Schätzung ist Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der NGO mit den Netzwerken »Refugees in Libya« und »Refugees in Tunesia«, die Berichte von Augenzeug:innen an den jeweiligen Küstenabschnitten und von Angehörigen von Vermissten gesammelt haben.

Das US-Außenministerium hat laut Angaben der Nachrichtenagentur Reuters damit begonnen, den ehemaligen Armeestützpunkt »Camp As Sayliyah« in Katar aufzulösen, in dem sich mehr als 1.100 Schutzsuchende aus Afghanistan aufhalten.

Darunter sollen sich unter anderem Zivilist:innen, Familienangehörige von US-Militärs und weibliche Ortskräfte, die mit den US-Truppen zusammengearbeitet haben, befinden. Sie waren seit mindestens Januar 2025 in Katar gestrandet, nachdem US-Präsident Trump kurz nach Amtsantritt einen Aufnahmestopp für afghanische Resettlement-Flüchtlinge verkündet hatte. Das US-Außenministerium bestreitet währenddessen die Vorwürfe, dass es die Gestrandeten zur Rückkehr nach Afghanistan zwänge, und verweist auf Gespräche mit Drittstaaten, welche die Betroffenen potenziell aufnehmen könnten. Die Initiative »#AfghanEvac« bezweifelt diese Darstellung und weist auf die Berichte von Zeug:innen hin, die von den Angestellten des Camps dazu gedrängt wurden, die Rückkehrunterstützung von 4.500 US-Dollar für eine hauptantragstellende Person und 1.200 US-Dollar für jede weitere Person anzunehmen, da der Transfer in einen Drittstaat ungewiss sei.